



Hinweis: Passend für Fensterkuvert

Stadt Nürnberg
Stadtplanungsamt
Lorenzer Straße 30
90402 Nürnberg

Stadt Nürnberg

Stadtplanungsamt

Sie erreichen uns
Mo, Di, Do 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr
Mi, Fr 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr
Tel.: +49 (0)9 11 / 2 31 – 49 00
Fax: +49 (0)9 11 / 2 31 – 49 63

stadtplanungsamt.nuernberg.de

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu Bauleitplanverfahren - online

Auswahl Verfahren

Bebauungsplan Nr. 4651 "Volkacher Straße"

Angaben zum/r Absender/in

Anrede Institution			
Name Statentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg		Vorname oder Ansprechpartner/in	
Straße Adolf-Braun-Straße	Hausnummer 15	Postleitzahl 90429	Ort Nürnberg
Postfach	Telefon		E-Mail

Wie sind Sie betroffen?

TOEB

Ihre Stellungnahme

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit den Aussagen des Umweltberichtes zum Thema Lufthygiene (Kapitel 2.7) besteht generell Einverständnis. Hinsichtlich der Aussagen zur Ozonbelastung wurden allerdings Daten aus 2013 zitiert, welche die aktuelle Entwicklung der Belastungssituation nicht mehr zufriedenstellend wiedergeben. Aktuelle Daten sind öffentlich verfügbar (Daten zur Nürnberger Umwelt) und sollten bei der Fortschreibung des Umweltberichtes Verwendung finden. Für das 3-Jahres-Intervall von 2017 bis 2019 wird an der Messstation Flughafen ein Mittelwert von 68 Ozontagen ausgewiesen, bei einem Zielwert von 25 Tagen gemäß 39. BImSchV. Allein im Jahr 2019 wurden am Flughafen aufgrund der extremen Wetterverhältnisse 105 Ozontage gemessen. An 15 Tagen des Sommers 2019 wurde die Informationsschwelle von 180 µg/m³ Ozon am Flughafen überschritten. Die regionale Ozon-Problematik steht allerdings in keinem kausalen Zusammenhang mit den Zielen des B-Plans. Mit freundlichen Grüßen i.A.

☒ Mit der Speicherung meiner Daten bin ich einverstanden

Wir bestätigen den Eingang Ihrer Stellungnahme, die einen Beitrag zum Bauleitplanverfahren enthält. Eine Zusammenfassung aller eingegangenen Beiträge werden wir als Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung dem Stadtplanungsausschuss vorlegen, der dies in seine weiteren Entscheidungen einfließen lassen wird. Es bleibt der Entscheidung des Stadtplanungsausschuss vorbehalten, wie die Planung fortgeführt wird. Da wir

Datenschutzhinweis: Die Verarbeitung Ihrer Daten beruht auf Art. 6 Abs. 1 DSGVO i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB. Nach § 3 Abs. 1 BauGB sind die Daten für die Verwendung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens erforderlich. Ohne Angabe ist eine Behandlung im Bauleitplanverfahren nicht möglich. Im Rahmen von Bauleitplanverfahren erfolgt eine dauerhafte Aufbewahrung der Daten. Die Daten werden im weiteren Verfahren verwendet bzw. sind im Akt des Bebauungsplans einsehbar.

B-Plan Nr. 4651 „Volkacher Straße“

Bezug: Instruktion Stpl vom 13.01.2020

Hier: UwA-Gesamtstellungnahme im Rahmen der Frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB

I. Zur Verfügung gestellte Unterlagen:

1. Rahmenplan, M 1: 1.000 (Stand: 11.11.2019)
2. Begründung zum Rahmenplan des Bebauungsplans (B-Plans) Nr. 4651 (Stand: November 2019)
3. 1. Fassung Umweltbericht (UB) zum B-Plan Nr.4651 „Volkacher Straße“ (Stand: 11.11.2019, Grosser-Seeger & Partner) in Verbindung mit dem Bestandsplan „Biotop- und Nutzungstypen“, M 1:1.000 (Stand: 11.11.2019, Grosser-Seeger & Partner)

Nachgereicht wurden im Februar folgende Unterlagen:

4. Geotechnischer Vorbericht (Stand: 18.05.2018, G070318C, Schulz u. Lang)
5. Revierkartierung besonders wertgebender Vogelarten mit Fokus auf Bodenbrüter im Bereich Großgründlach, BP Volkacher Straße (Stand: September 2018; IVL – Institut für Vegetationskunde und Landschaftsökologie)

Auf Grundlage der genannten Planunterlagen nimmt UwA wie folgt Stellung.

Grundsätzliches

Das Flurstück Nr. 168, Gemarkung Großgründlach befindet sich nicht im Eigentum des Investors. Damit sind die Umsetzung der Planung und eine geordnete städtebauliche Entwicklung nicht sichergestellt. Die Planung müsste ohne Sperrgrundstück instruiert werden, mit angepasster Bilanz zu Grünflächenbedarf und Grünflächenbereitstellung.

Anmerkungen zum Rahmenplan

Die Weiterentwicklung des Rahmenplanes in einen Bebauungsplan-Entwurf mit integriertem Grünordnungsplan als auch der Begründung sowie die Ermittlung des Kompensationsbedarfs und sich daraus ergebender Ausgleichsmaßnahmen sind im weiteren Verfahren mit UwA/1 eng abzustimmen. Dies betrifft z. B. die Situierung der Baumstandorte, insbesondere in den Angerflächen, die zu pflanzenden Baumarten sowie die Ausgestaltung der Ortseingrünung als durchgehender 5 m breiter Streifen, insbesondere im Bereich des westlichen Angers (siehe Anmerkung zur 1. Fassung UB Kap. 2.5.2).

Anmerkungen zur Begründung des Rahmenplans

Kap. I.3.1.1 Lage im Stadtgebiet/ Topographie

- Zu korrigieren ist die östliche Begrenzung des Planungsgebiets. Sie erfolgt durch landwirtschaftlich genutzte Flächen.
- Die Beschreibung der Topographie ist schwer nachzuvollziehen.

Vorschlag: „Die Topographie steigt im Plangebiet von ca. 295 m üNN im äussersten Westen auf ca. 299 m üNN südwestlich des mittig verlaufenden Feldwegs und bildet dort eine leichte Kuppe aus. Östlich des Feldweges fällt die Topographie von ca. 299 m üNN nach Süden ab, nach Osten steigt sie leicht an. Der Höhenunterschied beträgt hier max. 2 m.“

- Die Höhenangabe 294,5 m üNN als tiefster Punkt im Nordwesten ist zu überprüfen.

Kap. I.3.2.1.c: Bebauungspläne

Zu ergänzen ist, dass der B-Plan Nr. 4174 die Volkacher Straße im Osten des Planungsgebiets bis zur Würzburger Straße als öffentliche Verkehrsfläche festsetzt.

Kap. I.3.2.2.a: Naturschutz / Wasserschutz

Das Gewässer heißt gemäß Geodatenservice Schlottareuthgraben.

Kap. I.3.3.1: Infrastrukturelle Bedarfssituation

- Absatz 3 stellt lediglich den Bestand an Kinderbetreuungseinrichtungen dar, nicht aber den Bedarf. Gleichwohl ist im Planungsgebiet gemäß Rahmenplan eine Kita vorgesehen.
 - Absatz 7 ist wie folgt zu ergänzen: „(...) *ein ungedeckter Bedarf an 2,9 ha öffentlicher Grünflächen. Der Planungsbereich gilt als **stark** unterversorgt*“.
- Hinweis zum Schlottareuthgraben: Das Gewässer ist im Siedlungsgebiet verrohrt.

Kap. I.4.4. Versorgung / Entwässerung:

Aus stadtklimatischen Gründen sollte bei Ableitung des Niederschlagswassers die Rückhaltung von Niederschlagswasser durch Grün- oder Retentionsdächer berücksichtigt werden.

Kap. I.4.5.1. Grünordnerisches Konzept:

- Es fehlt eine nachvollziehbare Darstellung des Bedarfs an öffentlichen Grünflächen infolge der Planung und des Nachweises im Planungsgebiet sowie dessen Aufteilung auf die genannten fünf Kategorien. Zu erläutern sind darüber hinaus die Auswirkungen der Nichtverfügbarkeit des Sperrgrundstücks.
- Im Falle eines Grünflächendefizits wird eine monetäre Ablöse abgelehnt.
- Hinsichtlich der Ortsrandeingrünung wird auf die Anmerkung zum Rahmenplan verwiesen.

Kap I.5 Zusammenfassung:

- Es wird auf die Anmerkungen zu Kap. 10 Zusammenfassung des Umweltberichts verwiesen.

Anmerkungen zur 1. Fassung Umweltbericht

Allgemeine Anmerkungen

- Es sollte von Planungsgebiet und nicht von Geltungsbereich gesprochen werden.
- Bitte die Bewertung der „nicht erheblich nachteiligen Auswirkungen“ ändern in „nicht erhebliche Auswirkungen“.
- Bitte einen einheitlichen Zeilenabstand im Fließtext des Berichts verwenden.

Kap. 2.1: Schutzgut Fläche

2.1.1 Ausgangssituation

- Absatz 1 beschreibt die Lage bzw. Abgrenzung des Planungsgebietes und hat keinen Bezug zum Schutzgut Fläche. Er sollte Kap. 1 Einleitung zugeordnet werden.

- Es sollte herausgestellt werden, dass das Planungsgebiet nahezu vollständig landwirtschaftlich genutzt wird.
- Die Tabelle 1 ist hinsichtlich ihren Aussagen zu Biotop-/Nutzungstyp den Schutzgütern Boden und Pflanzen zuzuordnen, nicht dem Schutzgut Fläche.
- Es fehlt eine Bewertung des Schutzgutes Fläche hinsichtlich seiner Bedeutung für das Planungsgebiet.

2.1.2 Auswirkungen der Planung

- Es ist darzustellen, dass landwirtschaftliche Fläche in Siedlungsfläche umgewandelt wird. Eine Doppelbewertung i.S. von Verlust von Boden ist zu vermeiden.
- Die Bewertung der Auswirkungen der Planung auf den ersten Halbsatz beschränken.

Kap. 2.2 Boden

2.2.1 Ausgangssituation

- Die Darstellung der Versickerungseigenschaften wäre leichter nachvollziehbar, wenn eine Schlussfolgerung gezogen würde, ob überhaupt oder wenn, unter welchen Bedingungen eine Versickerung von Niederschlagswasser möglich ist oder ob weitere Untersuchungen notwendig sind (zumal im UB in Kap. 8 vorletzter Absatz Aussagen zum Untersuchungsbedarf getroffen werden, während in Kap. I.4.4 der Begründung dargestellt ist, dass eine Versickerung nicht möglich ist).
- Es fehlt eine vollständige Auswertung der ökologischen Bodenfunktionskarte.
- Es fehlt eine Bewertung des Schutzguts Boden.

2.2.2 Auswirkungen der Planung

Statt „Im Bereich des geplanten Baugebiets im Süden von Großgründlach“ sollte konkret von „dem Planungsgebiet“ gesprochen werden.

Kap. 2.3 Wasser

2.3.1 Ausgangssituation

- Hinweis: Schlottareuthgraben.
- In Kap. 2.3.2 wird darauf hingewiesen, dass eine Entwässerung über den Schlottareuthgraben geprüft wird. Es sollte deshalb sein Verlauf nach der Straße Hansengarten konkret dargestellt werden. Zu korrigieren ist dabei der letzte Satz von Absatz 1. Der Schlottareuthgraben mündet nicht wie beschrieben im Westen von Großgründlach in den Mühlbach.
- Satz 1 in Absatz 3: „hier“ – „durch im Planungsgebiet“ ersetzen
- UWA weist darauf hin, dass der Grundwasserbericht 2017 einen niedrigen, der Grundwasserbericht 2011 einen mittleren Grundwasserflurabstand ausweist. Der mittlere Grundwasserflurabstand beträgt danach im Planungsgebiet 3 - 5 m.
- Bitte Satz 2 in Absatz 3 umformulieren, z.B. *Die Grundwasserfließrichtung ist nach Westen gerichtet.*
- Die Darstellung zum Grundwasserflurabstand ist schwer nachzuvollziehen, insbesondere die letzten beiden Sätze in Absatz 3. Bitte eine Umformulierung prüfen.
- Es fehlt eine Bewertung hinsichtlich der Bedeutung des Schutzguts Wasser.

2.3.2 Auswirkungen der Planung

- In Absatz 1 sollte im Zusammenhang mit der Entwässerungsplanung darauf eingegangen werden, wie sich die Versickerungseignung des Bodens auf die Entwässerungsplanung auswirkt. (Auf die Anmerkungen zu Kap. 2.2.1 UB wird verwiesen.)
- Zu ergänzen ist, wie die Auswirkungen von unterkellerten Einfamilienhäusern zu beurteilen sind.

Kap. 2.4.1 Pflanzen

2.4.1.1 Ausgangssituation

Gemäß ABSP haben Ackerflächen eine hohe Bedeutung für gefährdete Pflanzenarten und Ackerwildkrautgesellschaften. Diese können sich sowohl auf trockenen Sandböden als auch auf feuchten oder staunassen Sandböden entwickeln.

Die Aussage, dass „seltene Ackerwildkräuter auf den Flächen nicht zu erwarten (sind)“, sollte innerhalb der Vegetationszeit der angebauten Feldfrüchte überprüft werden, ggf. ist der Bestand seltener Ackerwildkräuter zu erfassen.

2.4.1.2 Auswirkungen der Planung

Die Erheblichkeit des Eingriffs ist evtl. neu zu bewerten.

Kap. 2.4.2. Tiere

Für eine abschließende Bestandsbeschreibung der Fauna, ihre Bewertung für das Planungsgebiet als auch für die Bewertung des Eingriffs auf das Schutzgut Tiere ist die Vorlage einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) erforderlich. Der UB ist in Kap. 2.4.2 entsprechend umzuformulieren.

Kap. 2.4.3 Biologische Vielfalt

Die Aussage zu Kap. 2.4.2 gilt analog für das Schutzgut Biologische Vielfalt.

Kap. 2.5 Landschaft

2.5.1. Ausgangssituation

- Bislang liegt der Fokus des UB nur auf dem Planungsgebiet und der fehlenden Ausbildung der Ortsrandeingrünung am bestehenden nördlichen Ortsrand.
- Es sollte auch gewürdigt werden, dass das Planungsgebiet Teil der Kulturlandschaft Knoblauchsland ist und wie es sich in diese einfügt.
- Es sollte die Geschossigkeit der Bestandsbebauung im Norden beschrieben werden, da in Kap. 2.5.2 die Geschossigkeit der geplanten Bebauung als negative Auswirkung bewertet wird.
- Es fehlt eine Bewertung des Landschaftsbildes.

2.5.2. Auswirkungen der Planung

Widersprüchlich sind die Aussagen, dass die geplante Ortsrandeingrünung sich verbessernd auf das Landschaftsbild auswirkt (Absatz 1 vorletzter Satz), sie aber gleichzeitig die geplante Bebauung „nicht eingrünt“ (Absatz 1 letzter Satz).

Kap. 2.6 Menschliche Gesundheit

2.6.1.1 Ausgangssituation

- Die Bewertung des Naherholungspotenzials gemäß ABSP bitte wertfrei wiederzugeben und kurz beschreiben, worin das Naherholungspotenzial besteht.
- Der Begriff „Freiraumverbindung“ sollte vermieden werden, da eine Verwechslung mit den im FNP bzw. im Masterplan Freiraum dargestellten „übergeordneten Freiraumverbindungen“ möglich wäre.
- In Absatz 3 ist die Unterversorgung gemäß den Kategorien im Masterplan Freiraum zu wählen und der Text wie folgt zu ergänzen: „*womit eine entsprechend starke Unterversorgung verbunden ist.*“
- In Absatz 3 ist der Verweis auf das „Entwicklungskonzept (EK) Multifunktionale Auenlandschaft Gründlachtal“ zu streichen. Der durch die Planung induzierte Bedarf an öffentlicher Grünfläche ist im Planungsgebiet zu decken. Zudem ist die Realisierung des EK Gründlachtal nicht sichergestellt.
- Es fehlt eine Bewertung des Schutzgutes Erholung.

2.6.1.2 Auswirkungen der Planung

- Die Bewertung des Eingriffs erschließt sich nicht. Es fehlen die Darstellung der Auswirkungen auf das Naherholungspotenzial als auch eine nachvollziehbare Erläuterung des Bedarfs an sowie des Nachweises von öffentlichen Grün- und Spielplatzflächen, mit und ohne Sperrgrundstück, im Planungsgebiet (s. Anmerkungen zu Begründung Kap. I.4.5.1) und die Auswirkungen auf die Versorgung mit öffentlichen Grünflächen von Großgründlach.
- Fußnote korrigieren: Es gilt der Baulandbeschluss vom 24.05.2017
- Die Aussage in Absatz 3, Satz 1 ist zu korrigieren. (siehe Hinweise zu Begründung Kap. I.4.5.1)
- Eine Bewertung der Erheblichkeit des Eingriffs ist zurzeit noch nicht möglich.

Kap. 2.6.2 Verkehrslärm

- Kap. 2.6.2.1: Ausgangssituation
Absatz 4 streichen, da der Lärmschutzbereich nicht mehr besteht.
- Kap. 2.6.2.2: Auswirkungen der Planung
Die Lärmkartierung des LfU ist 2017 aktualisiert worden.

Kap 2.6.3 Störfallvorsorge

Bitte in der Überschrift „Störfallvorsorge i.S.d. §50 Abs.1 BImSchG“ ~~Abs.1~~ streichen.

Kap. 2.8.2 Klimaschutz

- Im letzten Absatz sollte „ein attraktives ÖPNV-Angebot“ als Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen aufgenommen werden.
- Im Abschnitt Klimaanpassung ist zusätzlich auf die zunehmende Gefahr von Starkregenereignissen hinzuweisen.

Kap. 5 Maßnahmen zur Vermeidung,

Tabelle 3 wie folgt ergänzen bzw. ändern (Ergänzungen sind fett gekennzeichnet, Textstreichungen sind durchgestrichen)

Nachteilige Umwelt- auswirkung(en) bei ...	Vorgeschlagene Maßnahme	Art ¹⁾	Positiv für Schutzgüter / ...	Umsetzung
Versiegelung bzw. Ver- lust von Boden	Wasserdurchlässige Befestigung...		Boden, Was- ser, Klima	
	Begrünung und gärtnerische ...		Boden, Wasser, Klima	
	Dachbegrünung bei Flachdächern			
Abflussverschärfung ...	Wasserdurchlässige Befestigung...		Boden, Wasser, Klima	
	Gedrosselte Ableitung ...		Boden, Wasser, Klima (Starkregen)	
	Begründung und gärtnerische ...		Boden, Wasser, Klima	
	Dachbegrünung bei Flachdächern			
Neubebauung und –ver- siegelung ...	Durchgrünung des Baugebiets, ...			
	Extensive oder intensive Dachbegrü- nung und Fassadenbegrünung			
Erhöhter CO ₂ -Ausstoß durch Verkehr und Hausbrand	Durchgrünung ...			
	Reduzierung des Primärenergiebe- darfs (Erstellung Energiekonzept) CO₂-neutrale Energieversorgung	Vm	Klima	
	Verkehrsreduzierung durch attrakti- ves ÖPNV-Angebot	Vr	Luft, Klima	
Auswirkung zukünftig zu erwartender Klimaverän- derungen	Schaffung von Schattenplätzen, ...	Vr	Menschliche Ge- sundheit, Luftquali- tät, Klima	
	Verwendung von wasserdurchlässigen Bodenbelägen ...		Boden, Wasser, Klima	
	Ausschluss dunkler Fassadenfarben ...			
	Extensive oder intensive Dachbegrü- nung und Fassadenbegrünung oder Retentionsdach (Kombination von Dachbegrünung mit Solaranlage - Photovoltaik oder Solarthermie)			
Erhöhung der Bedarfe an Freiflächen im Pla- nungsbereich 46 (Groß- gründlach/Reutles)			Mensch (Erholung), Klima	

Tabelle 3: Auszug mit Korrekturhinweisen

Kap. 7 Geprüfte Alternativen

Darzustellen ist, ob und mit welchem Ergebnis Alternativen geprüft worden sind. Somit in Absatz 1 die Sätze 2 bis 4 streichen sowie Absatz 2 und in Absatz 4 den letzten Satz.

Kap. 10 Zusammenfassung

- Die Zusammenfassung ist insgesamt zu überarbeiten. Es ist dabei darauf zu achten, dass die Aussagen mit denen zu den Schutzgütern in Kapitel 2 übereinstimmen.
- Damit das Schutzgut Klima nicht erheblich beeinträchtigt wird, ist eine CO₂-neutrale Energieversorgung zu gewährleisten.

Anhang zum Umweltbericht

Bitte im Anhang auf Seite 39, rechte Spalte, letzter Absatz vor dem Abschnitt Klima „§50 Abs 1 BImSchG“ ändern in „§50 Satz 1 BImSchG“ oder „§50 BImSchG“.

II. Stpl/2-2

z.w.V.

Nürnberg, den 06.03.2020

Umweltamt/ Bereich Umweltplanung

i.A.

gez.

**B-Plan Nr. 4651 „Volkacher Straße“ Frühzeitige Beteiligung der Behörden
Instruktion Stpl/2-2 vom 09.01.2020 und E-Mail vom 20.01.2020 (Einwendungen)**

- I. Aus verkehrlicher Sicht wird wie folgt Stellung genommen:

Begründung zum Rahmenplan

Punkt I.3.1.3. Verkehr

Die Zwischenüberschrift „Fahrrad“ bitte in „Radverkehr“ ändern.

Im letzten Absatz zum Thema Radverkehr sollte der vorletzte Satz um den Halbsatz „...und stellt damit eine wichtige Geh-/Radwegverbindung zur Würzburger Straße her“ ergänzt werden.

Punkt I.4.3 Verkehrliche Erschließung

Im 3. Absatz wird am Ende vorgeschlagen, den nicht mehr benötigten Wendehammer zum Nachweis von öffentlichen Stellplätzen zu nutzen. Dieser Satz sollte gestrichen werden. Es werden ausreichend Stellplätze auf Privatgrund vorgesehen. Die nicht mehr benötigte Fläche kann besser für andere Bedarfe genutzt werden, z.B. Radabstellplätze, Grün oder für solche, die jetzt noch nicht absehbar sind.

Absatz 4: Der letzte Satz des Absatzes (Seite 11 oben) soll gestrichen werden. Aus verkehrlicher Sicht ist die Durchbindung der Straße kontraproduktiv, weshalb der Bau der Straße nicht in Aussicht gestellt und keine Erwartungshaltung erzeugt werden soll.

Absatz 5, Seite 11: Der letzte Satz sollte wie folgt ergänzt werden: „Öffentliche Stellplätze sind in begrenzter Anzahl entlang der Erschließungsstraßen vorgesehen.“

Allgemeine Hinweise

Für die notwendigen Anpassungsmaßnahmen in der Volkacher Straße, einschließlich der Verlängerung der Straße bis zum Anschlusspunkt der geplanten Stichstraße ins Baugebiet „Ost“, sowie für die zukünftigen öffentlichen Straßen und Wege im Baugebiet selbst, sind im weiteren Verfahren qualifizierte Straßenpläne, in Abstimmung mit Vpl, zu erstellen.

Die erforderlichen baulichen Anpassungsmaßnahmen in der Volkacher Straße, sowie die neue Grundstücksabformung entlang der Volkacher Straße, sind im städtebaulichen Vertrag entsprechend zu regeln.

Zum Thema Verlängerung der Volkacher Straße bis zur Würzburger Straße

Mit der E-Mail vom 20.01.2020 bittet Stpl/2-2 ergänzend um eine Stellungnahme zur Forderung von Bürgerinnen und Bürgern nach der Verlängerung der Volkacher Straße bis zur Würzburger Straße.

Zur Erschließung der neuen Wohnbebauung wird die Durchbindung der Volkacher Straße bis zur Würzburger Straße nicht benötigt. Die Erschließung sowohl der bestehenden als auch der geplanten Bebauung ist auch ohne die Durchbindung gewährleistet.

Der Verkehr im Gebiet ist der Ziel- und Quellverkehr des Quartiers selbst und die Verkehrsmengen sind insgesamt eher gering. So wurden z.B. in der Volkacher Straße östlich der Großgründlacher Hauptstraße, wo sich der Verkehr Richtung Westen aus dem Wohngebiet bündelt, rd. 1.500 Kfz/24h ermittelt. Richtung Osten nimmt die Verkehrsmenge weiter ab. Mit einem Anschluss der Volkacher Straße an die Würzburger Straße wäre mit einer Zunahme des Verkehrs im Quartier zu rechnen, da eine interessante Route von der Würzburger Straße über die Volkacher Straße und/oder die Veitshöchheimer Straße zu den nördlichen Bereichen von Großgründlach und nach Tennenlohe entstehen würde. Damit würde quartiersfremder Durchgangsverkehr angezogen, statt eine Verkehrsreduzierung zu erreichen. Deshalb ist von der Herstellung der Verbindung dringend abzuraten.

Die Zählungen von Vpl geben keine Hinweise auf eine zunehmende Verkehrsbelastung in Großgründlach. In der Wiesbadener Straße nördlich der Würzburger Straße hat die Verkehrsmenge seit 2004 sogar von rd. 5.400 Kfz/16h auf rd. 4.460 Kfz/16h abgenommen. Im Ortszentrum liegt die Kfz-Menge seit Jahren konstant bei rd. 6.000 Kfz/16h und das, obwohl in Großgründlach und Reutles neue Wohnbebauung entstanden ist.

II. Vpl/D z.K.

III. Stpl/2-2 z.w.v.

Nürnberg, 06.02.2020
Verkehrsplanungsamt
Straßenplanung

Abdrucke an:
610-21-51/ Volkacher Straße
Vpl/S
Vpl/M
Vpl/P-2



WWA Nürnberg – Postfach – 90041 Nürnberg

Stadt Nürnberg
Stadtplanungsamt
Lorenzer Str. 30
90402 Nürnberg

Ihre Nachricht

Unser Zeichen
1-4622-N-725/2020

Bearbeitung

Datum
31.01.2020

**Bebauungspläne Stadt Nürnberg - frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
Bebauungsplan Nr. 4651 „Volkacher Straße“ für ein Gebiet südlich der Volka-
cher Straße**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Ortsteil Großgründlach ist die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebiets im Anschluss an bestehende Bebauung geplant. Die derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen zu Wohnbauflächen umgewidmet werden.

Der Untergrund wird als nicht sickerfähig beurteilt und eine Niederschlagsableitung wird für notwendig gehalten. Nach der Begründung zur Aufstellung des Bebauungsplanes ist vorgesehen, das Niederschlagswasser von den befestigten Flächen zu sammeln und in den Schlattareuthgraben abzuleiten. Ein konkretes Entwässerungskonzept für das Plangebiet liegt noch nicht vor, wird aber derzeit entworfen. Eine Sammlung, Zwischenspeicherung und Ableitung von Niederschlagswasser in offenen Mulden und Rinnen ist anzustreben. Eine Zwischenspeicherung kann z. B. auch durch unterirdische Aufkantung und gedrosselter Entwässerung des überdeckten und begrünten Tiefgaragendeckels erfolgen. Die textliche Festsetzung von wasser-durchlässigen Flächenbefestigungen und von Gründächern ist vorgesehen und ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht zu begrüßen und umzusetzen.

Grundwasser steht oberflächennah an. Eingriffe in das Grundwasser bedürfen einer wasserrechtlichen Zustimmung, z. B. für die Bauwasserhaltung. Eine stauende Wirkung großer unterirdischer Bauteile wäre zu beurteilen und ggf. wasserrechtlich zu behandeln, z. B. für Tiefgaragen. Alle unterirdischen Bauteile sollten wasserdicht ausgeführt werden.



Infolge von Starkregenereignissen kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen. Die Vorsorge gegen derartige Ereignisse beginnt auf Ebene der Bauleitplanung. Die Bauleitplanung kann Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 Buchst. c und d BauGB treffen, um die Schäden durch Überflutungen infolge von Starkregen zu minimieren. Auf die gemeinsame „Arbeitshilfe Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Bauleitplanung“ von StMB und StMUV wird verwiesen. Mögliche Hinweise oder Festsetzungen in der Bauleitplanung können sein:

- Gebäudeöffnungen, beispielsweise Tiefgaragenzufahrten oder Zugänge unter Geländeniveau, sollten so ausgebildet werden, dass Oberflächenwasser nicht eindringen kann.
- Zum Schutz vor eindringendem Abwasser aus der Kanalisation sind geeignete Schutzvorkehrungen vorzusehen, z.B. Rückschlagklappen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Von: [Kienert, Manuela](#) im Auftrag von [Stpl-Instruktion](#)
An: [Grünbeck, Martin](#); [Faßbender, Peter](#)
Betreff: WG: 20200056 - Stpl-Instruktion - BP 4651 - Volkacher Str. - Stellungnahme SUN
Datum: Mittwoch, 12. Februar 2020 11:20:09
Anlagen: [20200056_Kanalplan.jpg](#)

zuständigkeitshalber

mit freundlichen Grüßen
i.A.

Manuela Kienert

Stadt Nürnberg
Stadtplanungsamt
Abteilung Bauberatung / Baukultur
Lorenzer Str. 30, 90402 Nürnberg

Telefon +49 (0)9 11 / 2 31-78 304 (Mi-Fr)
Telefax +49 (0)9 11 / 2 31-8480
E-Mail manuela.kienert@stadt.nuernberg.de
Internet nuernberg.de

PAST FORWARD

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Heller, Klaus <Klaus.Heller@stadt.nuernberg.de> Im Auftrag von SoeR-Instruktionen
Gesendet: Montag, 10. Februar 2020 11:50
An: Stpl-Instruktion <Stpl-Instruktion@stadt.nuernberg.de>
Betreff: 20200056 - Stpl-Instruktion - BP 4651 - Volkacher Str. - Stellungnahme SUN

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier die Stellungnahme von SUN zu oben genannter Instruktion z. Kts.:

"Die vorhandenen Kanäle der Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN) sind den beigelegten Anlagen zu entnehmen.

Für die Gebietserschließung muss ein Schmutzwasserkanalnetz DN 300 (Minstdurchmesser) im freien Gefälle hergestellt werden. Das Schmutzwasser kann dann über die geplanten Erschließungsstraßen oder Anliegerwege in die vorhandenen SUN-Kanäle (DN 300 B/DN 400 STZV) in der Volkacher Straße abgeleitet werden.

Anfallendes Niederschlagswasser ist entsprechend dem Versickerungs- und Ableitungsgebot gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) örtlich zu versickern oder in den nahegelegenen Vorfluter Gründlach (Gewässer 2.Ordnung) einzuleiten.

Bereits beim Planergespräch am 24.04.2018 wurde darauf hingewiesen, dass im Planungsgebiet eine Versickerung erfahrungsgemäß nur sehr bedingt möglich und der Grundwasserflurabstand zudem sehr gering ist, so dass vermutlich eine Versickerung nicht möglich sein wird. Es wurde daher vorgeschlagen, dass das anfallende Niederschlagswasser über die, in der Volkacher- und Iphofener Straße verlaufende Verrohrung des Schlottareuthgrabens in die Gründlach einzuleiten.

Nach Rücksprache mit dem IB Siegle am 03.02.2020 soll diese Variante weiterverfolgt werden. Da eine

Drosselung der Einleitmenge erforderlich wird, sind entsprechende Retentionsvolumina sowohl im öffentlichen Raum als auch auf Privatflächen planerisch zu berücksichtigen. Zur teilweisen Rückhaltung des Niederschlagswassers auf Privatflächen können z.B. Flachdächer oder Tiefgaragen begrünt werden. Die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Flächen innerhalb des Planungsgebietes soll über straßenbegleitende Mulden sichergestellt werden. Hierfür sind entsprechende Retentionsvolumen und Ableitungen zu den Erschließungsstraßen vorzusehen.

Die Niederschlagsentwässerung des Planungsgebietes ist im Zuge des weiteren B- Plan Verfahrens mittels eines qualifizierten Entwässerungskonzepts als Grundlage entsprechender Festsetzungen detailliert zu prüfen.

Die Entwicklung eines Entwässerungskonzepts ist mit SUN abzustimmen. Es muss sichergestellt werden, dass die Zufahrt (Spülfahrzeuge - Gewicht: 28 to; Maße: 8,50 m x 2,50 m x 3,40 m) für turnusgemäße Reinigungs- und Wartungsarbeiten zu den geplanten SUN-Kanalschächten möglich ist. Dementsprechend ist der Aufbau der Straßen und Weg zu dimensionieren und Schleppkurven sind zu beachten.

Neue Baumstandorte sind so zu planen, dass die notwendigen Mindestabstände zu vorhandenen Kanälen eingehalten werden. Falls eine Verschiebung der neuen Baumstandorte auf den Mindestachsabstand nicht möglich ist, sind die Folgekosten, die durch den erhöhten Aufwand in Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsanlagen im Bereich der Baumscheiben entstehen und durch die Baumpflanzung bedingt sind, von der baumpflanzenden Dienststelle zu tragen.

Offene Entwässerungsmulden sind so zu konzipieren, dass die Erreichbarkeit für Instandhaltungs- und Reinigungsmaßnahmen zu jeder Zeit gegeben ist. Von einer beidseitigen Bepflanzung ist abzusehen.

Es sollte versucht werden, Straßen in der Art zu widmen, dass die Einrichtungen (Kanäle, Sonderbauwerke) der künftig öffentlichen Entwässerungsanlage innerhalb des öffentlichen Verkehrsraums liegen. Anderenfalls müssen Privatflächen mit Grunddienstbarkeiten belastet werden."

Bearbeiter: Herr Götz (Tel. 0911/231-14993)

Die Stellungnahme SÖR erfolgt gesondert.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Klaus Heller, Dipl.-Ing.(FH)

Verwaltung / Koordinierungsstelle, IT
Telefon: 0911 231-72121
klaus.heller@stadt.nuernberg.de

Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg Eigenbetrieb der Stadt Nürnberg Sulzbacher Str. 2-6
90489 Nürnberg

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte

hier die Stellungnahme von SUN zu oben genannter Instruktion z. Kts.:

"SUN/S-1/3

Abstimmung:

Die Entwicklung eines Entwässerungskonzepts ist mit SUN abzustimmen.

Zufahrt:

Es muss sichergestellt werden, dass die Zufahrt (Spülfahrzeuge - Gew.: 28 to; Maße: 8,50 m x 2,50 m x 3,40 m) für turnusgemäße Reinigungs- und Wartungsarbeiten zu den geplanten SUN-Kanalschächten möglich ist. Dementsprechend ist der Aufbau der Straßen zu dimensionieren und Schleppkurven sind zu beachten.

Baumstandorte:

Neue Baumstandorte sind so zu planen, dass die notwendigen Mindestabstände zu vorhandenen Kanälen eingehalten werden. Falls eine Verschiebung der neuen Baumstandorte auf den Mindestachsabstand nicht möglich ist, sind die Folgekosten, die durch den erhöhten Aufwand in Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsanlagen im Bereich der Baumscheiben entstehen und durch die Baumpflanzung bedingt sind, von der baumpflanzenden Dienststelle zu tragen.

Offene Entwässerungsmulden:

Offene Entwässerungsmulden sind so zu konzipieren, dass die Erreichbarkeit für Instandhaltungs- und Reinigungsmaßnahmen zu jeder Zeit gegeben ist. Von einer beidseitigen Bepflanzung ist abzusehen (siehe Regelpläne SÖR).

Grunddienstbarkeiten:

Straßen sind in der Art zu widmen, dass die Trassen der Entwässerungsanlagen innerhalb des öffentlichen Verkehrsraums liegen. Anderenfalls müssen Privatflächen mit Grunddienstbarkeiten belastet werden.

Sedimentationsanlage:

Evtl. notwendige Sedimentationsanlagen sind gesondert mit SUN abzustimmen. Die Revisionsschächte müssen gem. dem Baustandard SUN hergestellt werden, sonst kann die Anlage nicht ordnungsgemäß betrieben werden. Die Anfahrbarkeit zum Start- und Endschacht muss zu jeder Zeit gewährleistet sein. Es wird eine Lage außerhalb der öffentlichen Verkehrswege bevorzugt. Vor der Zustimmung durch SUN müssen aussagekräftige Pläne vorliegen. Die Schleppkurven sind nachzuweisen.

SUN/S-1/1

Ergänzend zur Stellungnahme des Sachgebiets SUN/S-1/3 lässt sich der erforderliche Mindestabstand zwischen der Kanalachse und der Baumscheibe im Bereich der Volkacher Straße auf ein Maß von 3,10 m beidseits der Kanalachse präzisieren. Sofern sich innerhalb der angrenzenden geplanten Verkehrsfläche Entwässerungsanlagen der SUN befinden, sind auch hier entsprechende Abstände einzuhalten.

Hinsichtlich der Entwässerungsplanung wird auf die Stellungnahme von SUN/S-1/3 verwiesen.

S'UN/S-3/1

Seitens SUN/S-3/1 bestehen keine Einwände."

Bearbeiter:



Hinweis: Passend für Fensterkuvert

Stadt Nürnberg
Stadtplanungsamt
Lorenzer Straße 30
90402 Nürnberg

Stadt Nürnberg

Stadtplanungsamt

Sie erreichen uns
Mo, Di, Do 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr
Mi, Fr 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr
Tel. : +49 (0)9 11 / 2 31-49 00
Fax : +49 (0)9 11 / 2 31-49 63

www.stadtplanung.nuernberg.de

Beteiligung interner Dienststellen zu Bauleitplanverfahren - online

Auswahl des Verfahrens

Verfahren Bebauungsplan Nr. 4651 "Volkacher Straße"
Mit der Speicherung der Daten bin ich einverstanden <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Angaben zur Dienststelle

Dienststelle Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg	Ansprechpartner
Postfach	Telefon
E-Mail	

Stellungnahme

<p>Kurzstellungnahme</p> <p>Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit den Ausführungen des Entwurfs zum Umweltbericht vom 12.01.2022 besteht hinsichtlich der lufthygienischen Situation im B-Plangebiet grundsätzliches Einverständnis seitens SUN/U. Wir empfehlen, bei der Fortschreibung des UB die aktuellen Messdaten der Messstation "Flughafen" einzuarbeiten. Eine erhebliche Beeinträchtigung der lufthygienischen Situation durch das geplante Vorhaben ist nicht zu erwarten. Spezifische Maßnahmen sind nach gegenwärtiger Einschätzung daher voraussichtlich nicht erforderlich.</p>

Bebauungsplan Nr. 4651 „Volkacher Straße“

Bezug: Instruktion durch Stpl/2M-3 am 02.02.2022

hier: UwA-Gesamtstellungnahme im Rahmen der IntDStB

Zur Verfügung gestellte Unterlagen:

1. Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651, Stpl/UwA, Stand: 18. bzw. 25.01.2022
2. Planbeilage zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651, Aufzuhebende Festsetzungen, Stpl, Stand: 18.01.2022
3. Vorentwurf der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 4651, Stpl, 24.01.2022
4. Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651, Stpl, Stand: Januar 2022
5. Umweltbericht (UB) zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651; Grosser-Seeger & Partner, Stand: 12.01.2022
6. Gutachten zu potenziellen Auswirkungen der Bauwerke auf die Grundwasserverhältnisse, Schulze + Lang, Ingenieurbüro für Bodenuntersuchung, Stand: 08.07.2020
7. Geotechnischer Vorbericht, Schulze + Lang, Ingenieurbüro für Bodenuntersuchung, Stand: 18.05.2018
8. Naturschutzfachliche Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), Grosser-Seeger & Partner, Stand: 26.10.2021
9. Schallimmissionsschutz in der Bauleitplanung, Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651, IfB Wolfgang Sorge, Stand: 24.08.2021
10. Nachweise Entwässerung, Ingenieurbüro Dipl.-Ing. (FH) G. Siegle, Stand 14.10.2021
11. Anlage 18 Regenrückhaltebecken/Stauraum, Ingenieurbüro Dipl.-Ing. (FH) G. Siegle, Stand ohne Datum
12. Planung Kanalisation, Regenwasser und Schmutzwasser, Ingenieurbüro Dipl.-Ing. (FH) G. Siegle, Stand: 04.11.2021
13. Planung Straßenbau, Ingenieurbüro Dipl.-Ing. (FH) G. Siegle, Stand: 23.11.2021

I. Zu den instruierten Unterlagen nimmt UwA wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Die nachfolgenden Hinweise sind zu berücksichtigen und bis zur BehB in die Unterlagen einzuarbeiten.

Textkorrekturen sind wie folgt gekennzeichnet: zu löschender Text fett und durchgestrichen, zu ergänzender Text fett und kursiv.

zu 1. Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651

Es wird angeregt, aus Gründen der Transparenz im WA 2.1 den durch die Tiefgarage unterbauten Bereich festzusetzen.

Weiter wird angeregt, die „Dreiecksfläche“, die sich zwischen dem Fußweg im westlichen Ortsrand, der östlichen Grenze des WA 2.1 und der Grünanlage auf dem Flurstück 168/3 Gemarkung Großgründlach ergibt, und derzeit dem südlichen Grünzug (Ortsrand) im westlichen Plangebiet zugeordnet ist, der öffentlichen Grünfläche (Grünanlage) im „Sperrgrund“ (Flurstücke 168 und 168/3, Gemarkung Großgründlach), zuzuschlagen.

Ebenso wird angeregt, einen zusätzlichen neu zu pflanzenden Baum innerhalb der Stellplatzflächen des WA1 festzusetzen.

Es ist zu prüfen, ob die verkehrliche Erschließung des Gebiets auch unter Erhalt der Hängebirke an der Volkacher Straße erfolgen kann. Der Baumerhalt ist anzustreben, auch wenn sich der Baum außerhalb des Geltungsbereichs befindet.

Im instruierten Planvorentwurf fehlt die Darstellung der T-Linie bei den „Flächen mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft“ (hier: Grünzug und Ortsrand). Die Signatur ist entsprechend zu ergänzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 9 Abs. 6a Satz 1 BauGB die Kennzeichnung des Risikogebiets HQextrem außerhalb des Überschwemmungsgebiets im Sinne von § 78b Abs. 1 WHG nachrichtlich übernommen werden sollen.

zu 3. Vorentwurf der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 4651

Kap. 11 Private Grünflächen

In Kap. 11.2 ist Satz 1 wie folgt zu ergänzen „...Wuchsklasse I und II und Sträucher **mit einer (Mindest-)Wuchshöhe von 100 cm, 2x verpflanzt, mit mindestens 3 Trieben** zu pflanzen, ...“. Der letzte Satz ist wie folgt zu ergänzen „Abgänge **von Bäumen und Sträuchern** sind artgleich **und in gleicher Pflanzqualität** zu ersetzen.“

Kap. 12 Grünordnung

In Kap. 12.1 ist der letzte Satz wie folgt zu ergänzen: „... Materialien wie Rohboden, Schotter und Kies **oder sandiges Material** zur Schaffung ...“. Anzufügen ist der Satz „**Nicht zulässig sind nicht oder nur geringfügig bepflanzte Schottergärten.**“

In Kap. 12.4 ist Satz eins wie folgt zu ergänzen: „Stellplatzanlagen sind mit ... Sträuchern **mit einer (Mindest-)Wuchshöhe von 100 cm, 2x verpflanzt**, einzugrünen.

Kap. 12.9 ist wie folgt zu ergänzen: „Trafoanlagen sind mit Sträuchern **oder Hecken mit einer Wuchshöhe von 100/150 cm, 2-3 x verpflanzt, mit mindestens 3 Trieben**, ... begrünen.

Kap. 13 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft / Artenschutz

Kap. 13.1 ist wie folgt zu ändern:

V4: Außenanlagen sind mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln zu beleuchten und auf das zwingend notwendige Maß zu reduzieren. Ein Abstrahlen in die Umgebung ist **nicht unzulässig. Lampen dürfen maximal 45° Grad zur Vertikalen (nach unten) abstrahlen, die Einstrahlung in Grünflächen, insbesondere Hecken und Bäume, ist durch eine entsprechende Ausrichtung und Abschirmung zu verhindern. Es sind Leuchtmittel mit möglichst geringer Leuchtdichte sowie ohne Anteile von UV- und Infrarotlicht zu verwenden. Zu verwenden sind Lampen, die blaue Lichtanteile, v.a. UV-Licht vermeiden.** Es sind nur geschlossene Lampen ohne Fallenwirkung zulässig.

Das Flurstück Nr. 136 Gmkg. Tuchenbach (Gemeinde Tuchenbach), die der Vorhabenträger als Ersatzfläche vorschlägt, liegt außerhalb der Gemarkung der Stadt Nürnberg. Der erforderliche Antrag auf Inaussichtstellung der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG der Regierung Mittelfranken liegt UwA zur Stellungnahme und anschließenden Weiterleitung an die Regierung Mittelfranken nicht vor. Somit sind die Voraussetzungen zur Festsetzung einer FCS-Maßnahme derzeit nicht erfüllt.

Die fraglichen Unterlagen sind nachzureichen. Alternativ ist in Abstimmung mit UwA/3 (uNB) eine CEF-Maßnahmen im Stadtgebiet Nürnberg zu entwickeln.

Nachrichtliche Übernahme

Die nachrichtliche Übernahme des Risikogebiets HQextrem gemäß § 9 Abs. 6a Satz 1 BauGB ist zu ergänzen.

zu 4. Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651

In Kap. I.3.2.2.d wird auf die Hochwassergefahrenfläche HQextrem hingewiesen und dass keine Konflikte zu erwarten sind, da entsprechend der tatsächlichen Nutzung landwirtschaftliche Flächen festgesetzt sind. Es sollte aus Gründen der Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit ergänzt werden, dass HQextrem das Ausmaß der betroffenen Fläche eines Extremhochwassers beschreibt.

Die geforderten Pflanzlisten mit Vorschlägen für die Pflanzungen innerhalb der Ortsränder, in den privaten Freiflächen (standortheimische Gehölze), sowie für geeignete Kletter- und Rankpflanzen zur Fassadenbegrünung inkl. geeigneter Rankhilfen als Anlagen zur Begrünung fehlen und sind bis zur BehB zu ergänzen.

Der Begründungstext zur Grünordnung (Kap. I.5.12) und dem Grünordnerischen Konzept (Kap. I.4.6.1), sowie zur Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung (Kap. I.4.6.2) ist bis zur BehB entsprechend der Anmerkungen von UwA vom 16.12.2021 anzupassen.

Kap. I.4.7 Immissionsschutz

Es fehlen Aussagen zu den Auswirkungen des Planvorhabens auf die Verkehrslärmimmissionen an den bestehenden Gebäuden außerhalb des Plangebiets.

Kap. I.5.15 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Da kein Antrag auf Inaussichtstellung der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG der Regierung Mittelfranken zur Stellungnahme und anschließenden Weiterleitung an die Regierung Mittelfranken vorliegt, ist Absatz 5 entsprechend anzupassen (s. oben).

Kap. I.6 Zusammenfassung Umweltbericht

siehe Hinweise zu 5. Umweltbericht Kap. 10

zu 5. Umweltbericht zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651

Allgemeines:

Die Aufhebung der planungsrechtlichen Festsetzung „öffentliche Verkehrsfläche“ in einem Teilbereich des BP Nr. 4175 vermeidet einen Eingriff. Der Eingriff ist bisher nicht erfolgt, sodass der Wegfall dieser Planung keine, auch keine konfliktmindernden Auswirkungen hat. Dies ist in den folgenden Kapiteln, insbesondere in den Kap. 2, 5 und 10 zu korrigieren.

In Kap. 1.2 Plangrundlagen ist auf die Hochwassergefahrenfläche HQextrem hinzuweisen.

Kap. 2.2 Boden

In Kap. 2.2.2 ist in den Absätzen 1 und 2 jeweils der letzte Satz zu löschen.

Kap 2.3 Wasser

In Kap. 2.3.1 ist im Absatz 2 die Hochwassergefahrenfläche HQ extrem darzustellen.

In Kap. 2.3.2 ist in Absatz 1 der letzte Satz zu streichen.

In Absatz 2 ist zu ergänzen, dass die Ableitung über ein Kanalnetz in den Schlottareuthgraben erfolgt.

In Absatz 3 ist derart zu korrigieren, dass durch das HQ extrem landwirtschaftliche Flächen im Süden des Plangebiets überflutet werden, aber keine Überflutungen im Wohngebiet zu erwarten sind.

In Absatz 4 vorletzter Satz ist dargestellt, dass sich die Lage der Tiefgarage nach Osten geändert hat. Im Gutachten zu den potenziellen Auswirkungen der Bauwerke auf das Grundwasser (siehe 6. der zur Verfügung gestellten Unterlagen), Stand: 08.07.2020, ist in Abb.3 ein Rahmenplan enthalten, der nicht der Planung gemäß 1. Vorentwurf Bebauungsplan, Stand 1.2.2022 entspricht. Somit ist eine Anpassung des Gutachtens erforderlich.

In Absatz 5 wird als Ergebnis des o.g. Gutachtens dargelegt, dass insgesamt keine negativen Auswirkungen auf die Grundwasserverhältnisse zu erwarten sind. Es ist nicht erkennbar, ob der Gutachter sich zur geänderten, aktuellen Planung derart geäußert hat, und dass weiterhin keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind. Dies ist zu ergänzen.

Der letzte Satz in Absatz 5 ist unverständlich.

Kap. 2.4.2 Tiere

Im Kapitel 2.4.2.2 sind die Auswirkungen der Planung darzustellen und die Erheblichkeit des Eingriffs, ohne Berücksichtigung von Vermeidungs- oder Verminderungsmaßnahmen zu bewerten. Die Aufhebung der planungsrechtlichen Festsetzung im BP Nr. 4175 wirkt sich nicht im Plangebiet aus. (siehe auch entsprechende Aussage in der saP Kap.3.2) Das Kapitel ist entsprechend zu überarbeiten.

Widersprüchlich sind die Aussagen, dass durch die Bebauung eine Verdrängung von Arten erfolgt, die auf offene Lebensräume ohne Vertikalstrukturen angewiesen sind, dass Rebhuhn andererseits von der Anlage des Ortsrandes, profitieren könnte.

Es wird darauf hingewiesen, dass der westliche Ortsrand als Grünzug ausgebildet wird, der als öffentlich zugänglicher Erholungsraum dienen soll.

Nicht nachvollziehbar sind die Aussagen hinsichtlich der betroffenen Arten in Absatz 2, Satz 1 und Absatz 4, Satz 1, zumal eine Nennung der anderen Artengruppen fehlt. Gleiches gilt für Aussagen zu den Auswirkungen der Ortsrandgestaltung im Vergleich zur Bestandssituation.

Die zusammenfassende Bewertung zu den Auswirkungen wird nicht gefolgt.

2.5 Landschaft

In Kap. 2.5.2 ist Absatz 3 zu löschen. Die Durchbindung der Würzburger Straße ist nicht Gegenstand der Planung.

2.6.2. Lärm

Im Kap. 2.6.2.2 werden die Auswirkung des Planvorhabens auf die Verkehrslärmimmissionen an den bestehenden Gebäuden außerhalb des Plangebiets nicht berücksichtigt. Dies ist zu ergänzen.

2.8 Klima

Zu Kap. 2.8.2 werden folgende Hinweise gegeben:

Lokalklima

Der Absatz 1 sollte aus Gründen der Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit durch folgenden Absatz ersetzt werden: **Dem Plangebiet kommt gemäß Klimafunktionskarte als**

Freifläche mit einem sehr hohen Kaltluftvolumenstrom eine klimatische Bedeutung zu. Die bioklimatische Situation im Siedlungsbereich Großgründlach ist sehr günstig bzw. günstig. Diese Rahmenbedingungen beeinflussen die planerische Bewertung des Plangebiets. Gemäß Planungshinweiskarte wird sie deshalb als „Freiflächen mit geringem Einfluss auf Siedlungsgebiete, geringe Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung“ bewertet.

Klimaschutz

Die klimatische Auswirkung einer auf das WA 1 beschränkten Dachbegrünung ist als gering einzuschätzen.

Der Bewertung des Plangebiets hinsichtlich seiner Auswirkungen des Plangebiets auf den Klimaschutz infolge der Energie- und Wärmeversorgung des Gebiets kann nicht gefolgt werden. Darzulegen ist, dass eine klimaneutrale Energieversorgung durch Vorlage eines Energiekonzeptes nachgewiesen werden muss. Erst durch Vorlage des Energieversorgungskonzeptes kann die Erheblichkeit der Auswirkungen auf den Klimaschutz beurteilt werden.

Klimaanpassung

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die Schaffung von Grünflächen und Gehölzpflanzungen zur Klimaanpassung beiträgt. Weitere Maßnahmen wie die Nutzung des Albedo-Effektes, die flächendeckende Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbeläge, die Schaffung von ausreichend großen Retentionsräumen sind wichtige Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und sollten als konfliktmindernde Maßnahmen intensiv zu Anwendung kommen.

Kap. 5 Maßnahmen zur Vermeidung,

In Absatz 2 ist der letzte Satz in der Endfassung des Umweltberichts zu streichen.

Zu Tabelle 2: Konfliktmindernde Maßnahmen ... werden folgende Hinweise gegeben:

- Grundsätzlich sollte auf die Mehrfachnennung von konfliktmindernden Maßnahmen verzichtet werden.
- Durch das Plangebiet wird landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Der Konflikt könnte nur durch eine Nicht-Umsetzung der Planung vermieden werden, eine Minderung ist nicht möglich. Der Punkt „Inanspruchnahme von Fläche“ ist deswegen vollständig zu streichen.
- Die Aufhebung der planerischen Festsetzungen im BP Nr. 4174 ist ohne Auswirkungen auf das Plangebiet und als konfliktmindernde Maßnahme generell zu streichen.
- Hinweis zu „Versiegelung bzw. Verlust von Boden“: Da das Schutzgut Boden verschiedene ökologische Bodenfunktionen aufweist und sich daher Überschneidungen mit anderen Schutzgütern ergeben, sollte die nachteilige Auswirkung „Versiegelung bzw. Verlust von Boden“ konkret als „Verlust von Ackerbaufläche“ benannt werden. Es sind neue Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen zu benennen.
- Hinweis zu „Abflussverschärfung und Verringerung der Grundwasserneubildung“: Bei der gedrosselten Ableitung in die Vorflut ist zu ergänzend, dass diese durch die Ausbildung des Kanalnetzes erfolgen soll. Die „Begrünung und gärtnerische Anlage“ sollte sich nicht nur auf unterbaute Bereiche beziehen, sondern auch nicht überbaubare Flächen einbeziehen.
- Die Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung von einer „Veränderung des Lokalklimas“ sollten mit den „Auswirkungen auf zukünftig zu erwartenden Klimaveränderungen betrachtet werden.

- Auf die Darstellung der „gesundheitlichen Auswirkungen“ kann verzichtet werden. Positive Auswirkungen von konfliktmindernden Maßnahmen auf das Schutzgut Mensch sind bei den „zu erwartenden Klimaveränderungen“ genannt.

Kap 5.1: Eingriffs-Ausgleichs Bilanz

Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz sowie das Ausgleichskonzept sind bis zur BehB mit UwA abzustimmen und entsprechend anzupassen. Ein außermärkischer Ausgleich, wie derzeit vorgesehen, wird von Seiten der Grünordnung abgelehnt. Der Ausgleich hat innerhalb des Nürnberger Stadtgebiets zu erfolgen, um die entsprechenden betroffenen Ökosystemleistungen im Nürnberger Stadtgebiet zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Kap. 5.2 Europäischer und nationaler Artenschutz (artenschutzrechtlicher Ausgleich)

Im letzten Absatz auf S. 31 ist der vorletzte Satz unverständlich.

Der letzte Absatz auf S. 31 ist an den aktuellen Stand (s. oben) anzupassen.

Kap 10 Zusammenfassung Umweltbericht

Im Absatz 1 ist darzustellen, daß mit dem rechtsverbindlichen BP Nr. 4174 u.a. Baurecht für eine Durchbindung der Volkacher Straße bis zur Würzburger Straße besteht. Diese Planung aus den 1980er Jahren hat sich erübrigt, die planungsrechtliche Festsetzung „öffentliche Verkehrsfläche“ wird aufgehoben und im BP Nr. 4651 überwiegend als landwirtschaftliche Fläche festgesetzt.

In Absatz 2 sollte ergänzt werden, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen im Außenbereich überplant und bebaut werden. Der letzte Satz im Absatz 2 ist zu streichen.

Es ist zu prüfen, ob gutachterliche Aussagen zu den Auswirkungen einer nach Osten verschobenen Tiefgarage vorliegen. Das Gutachten mit Stand 08.07.2020 von Schulze + Lang entspricht nicht der aktuellen Planung.

Die Aussagen zum Schutzgut Tiere und Schutzgut Klima sind entsprechend den Hinweisen zu Kap. 2 des Umweltberichts anzupassen. Gleiches gilt für die Tabelle 5.

Beim Schutzgut menschliche Gesundheit – Lärm ist zu beachten, dass die Auswirkungen der Planung auf die benachbarte, vorhandene Wohnbebauung nicht im Lärmgutachten untersucht worden sind.

zu 6. Gutachten zu potenziellen Auswirkungen der Bauwerke auf die Grundwasser-verhältnisse

Es wird darauf hingewiesen, dass das Gutachten nicht der aktuellen Planung entspricht.

zu 9. Schallimmissionsschutz in der Bauleitplanung

Das Gutachten enthält keine Aussagen zu den Auswirkungen des Planvorhabens auf die Verkehrslärmimmissionen an den bestehenden Gebäuden außerhalb des Plangebiets. Eine entsprechende Ergänzung ist erforderlich.

II. Stpl/2M-3

z.w.V.

Am 29.03.2022

Umweltamt/Umweltplanung

i.A.

gez.

Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 4651 „Volkacher Straße“

Anfrage von Stpl/2M-3 am 31.01.2022

- I. Vpl wurde zu einer Stellungnahme zum Vorentwurf des B-Plans Nr. 4651 „Volkacher Straße“ aufgefordert.

Textliche Begründung:

Zu I.3.1.3. MIV:

Es sollte ergänzt werden, dass eine zweite Zu-/Abfahrtsmöglichkeit über die Veitshöchheimer Straße von/nach Norden zur Reutleser Straße besteht, die zur Erlanger Straße führt (B4).

Zu I.3.1.3. ÖPNV:

Statt „Tramhaltestelle“ und „Tramlinie“ sind die offiziellen Begriffe „Straßenbahnhaltestelle“ und „Straßenbahnlinie“ zu verwenden.

Zu I.3.1.3. Radverkehr:

Der Absatz muss ersetzt werden durch folgenden Text: Die Volkacher Straße liegt in einer Tempo 30-Zone, in der keine gesonderten Radverkehrsanlagen benötigt werden. Durch den zentralen Bereich des Plangebietes verläuft in Nord/Süd-Richtung ein als „öffentlicher Feld- und Waldweg“ gewidmeter Weg, der von Zufußgehenden und Radfahrenden genutzt werden kann und eine wichtige Geh-/Radwegverbindung zwischen Großgründlach und der Würzburger Straße herstellt.

Zu I.4.3. Verkehrliche Erschließung:

Der zweite Abschnitt zur Erschließung des östlichen Teilbereichs ist unverständlich formuliert. Die beschriebenen Verschwenkungen zur Geschwindigkeitsreduktion sind in den aktuellen Straßenentwurfsplänen nicht enthalten.

Im dritten Abschnitt sollte im letzten Satz ein Hinweis zur Erschließung über die Tiefgaragenzufahrt ergänzt werden.

Im vierten Absatz sollte die Formulierung „Verbindungsstraße zur Würzburger Straße nach Boxdorf im Süden“ geändert werden in „Verlängerung der Volkacher Straße nach Süden bis zur Würzburger Straße“.

Zu I.5.8. Verkehrsflächen:

Am Ende des Absatzes ist die Formulierung „Fuß- und Radweg“ durch den offiziellen Begriff „Geh- und Radweg“ zu ersetzen.

Straßenplanung:

Der aktuelle Straßenentwurfsplan kann von Seiten Vpl nicht freigegeben werden. Insbesondere die als verkehrsberuhigte Bereiche geplanten Erschließungsstraßen sind in ihrer Straßenraumgestaltung zu überarbeiten. Derzeit sind kaum Maßnahmen zur Gestaltung der zukünftigen Mischverkehrsfläche vorgesehen.

Am 18.02.2022 fand ein Abstimmungstermin mit den beauftragten Ingenieurbüro, Stpl und Vpl statt. Es wurde eine Überarbeitung der Straßenentwurfsplanung vereinbart. Zur finalen

Freigabe für das weitere B-Planverfahren sind die Straßenentwurfspläne nochmals mit Vpl abzustimmen.

Satzung:

In der Satzung ist ein Punkt 7.7. mit folgendem Inhalt zu ergänzen: Im WA 2 sind die nachzuweisenden Fahrradstellplätze zu mindestens 50 % ebenerdig und überdacht herzustellen.

II. Stpl/2M-3 z.w.V. *hl*

Nürnberg, 28.02.2022
Verkehrsplanungsamt
Straßenplanung

Abdrucke an:
Vpl/P-2/Te
Vpl/S
Vpl/M



Ihr Zeichen
Ihr Antrag vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwort angeben)
Ihre Ansprechpartnerin/Ihr Ansprechpartner

E-Mail: stefan.goettler@reg-mfr.bayern.de

Telefon / Fax
0981 53-

Erreichbarkeit
Bischof-Meiser-Str. 2/4

Datum

30.11.2022

15.12.2022

**Vollzug des Naturschutz- und Artenschutzrechts;
Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von den
Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG
Beeinträchtigung geschützter Tierarten (Feldlerche und Rebhuhn) - Baufeldfreimachung im
Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 4651 "Volkacher Straße", Stadt Nürnberg**

Anlage:
Kostenrechnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regierung von Mittelfranken - höhere Naturschutzbehörde - erlässt folgenden

Änderungsbescheid:

1. Die artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung vom 02.08.2022, RMF-SG55.1-8646-9-88-2, wird im Tenor unter Nr. 1 wie folgt gefasst:
 - Für den gesamten Zeitraum der Baufeldfreimachung, Bauzeit, Rodungsarbeiten (Birke) und Herstellung der FCS-Maßnahmen ist eine ökologische Baubegleitung sicherzustellen, in deren Rahmen auch eine an die untere Naturschutzbehörde der Stadt Nürnberg zu liefernde Dokumentation zu erstellen ist. Die mit der Umweltbaubegleitung beauftragte Person ist der untere Naturschutzbehörde der Stadt Nürnberg vor Baubeginn bekannt zu geben.
 - Die Birke ist außerhalb der Brutzeit von Vögeln (zulässiger Zeitraum: 1.Oktober bis 28.Februar) zu fällen.
 - Die Baufeldfreimachung bzw. der Beginn der Erschließungsmaßnahme in Acker- und Brachflächen ist außerhalb der Brutzeit von bodenbrütenden Vogelarten (zulässiger Zeitraum: 1.Oktober bis 28.Februar) durchzuführen.

...

Briefanschrift
Postfach 6 06, 91511 Ansbach

Dienstgebäude
Promenade 27
Weitere Gebäudeteile
F Flügelbau
Th Thörmerhaus

Weiteres Dienstgebäude
Bischof-Meiser-Str. 2/4

Telefon 0981 53-0
Telefax 0981 53-1206 und 53-1456
E-Mail poststelle@reg-mfr.bayern.de
Internet
<http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de>

Öffentliche Verkehrsmittel
Bushaltestellen Schlossplatz
oder Bahnhof der Stadt- und
Regionallinien

Frachtauschrift
Promenade 27, 91522 Ansbach

- Als Ausgleich für die Zerstörung der Lebensstätten von zwei Brutpaaren der Feldlerche und einem Brutpaar des Rebhuhns sind auf einer Fläche von mindestens 1,0 ha Brachestreifen anzulegen. Die Maßnahme ist auf dem Grundstück Flurnummer 681 der Gem. Haundorf, Stadt Herzogenaurach spätestens mit Beginn der Bautätigkeit, herzustellen (vgl. hierzu Kapitel 4.3 de saP des Büros Grosser-Seeger & Partner vom 26.10.2021).

Folgende Details sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen:

- Mindestbreite 10 m (bei streifiger Umsetzung)
 - Lückige Aussaat, Erhalt von Rohbodenstellen
 - Kein Dünger- und Pflanzenschutzmittel-Einsatz sowie keine mechanische Unkrautbekämpfung
 - Rotation möglich – jährlich bis spätestens alle 3 Jahre
- Die Fertigstellung der Maßnahme ist der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Nürnberg anzuzeigen.

2. Die SP Projekt Volkacher Straße GmbH hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für diesen Änderungsbescheid wird eine Gebühr von 100,- € erhoben.

Gründe:

An der Volkacher Straße im Ortsteil Großgründlach wird zur Schaffung von Baurecht der Bebauungsplan Nr. 4651 „Volkacher Straße“ durch die Stadt Nürnberg aufgestellt, der zwischenzeitlich als Vorentwurf vorliegt. Das Plankonzept sieht die Errichtung von Wohngebäuden mit insgesamt 150 Wohneinheiten im Geschosswohnungs- und Einfamilienhausbau vor.

Mit Schreiben vom 12.07.2022 hat _____ einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG gestellt; die Regierung von Mittelfranken hat mit Bescheid vom 02.08.2022, RMF-SG55.1-8646-9-88-2, die artenschutzrechtliche Ausnahme erteilt.

Am 30.11.2022 hat die _____ mitgeteilt, dass das Grundstück Flurnummer 681 der Gem. Haundorf, Stadt Herzogenaurach nun als Ausgleichsfläche herangezogen werden soll. Seitens der unteren Naturschutzbehörde des örtlich zuständigen Landratsamtes Erlangen-Höchstadt wurde die grundsätzliche Eignung des Flurstücks für einen artenschutzrechtlichen Ausgleich für die betroffenen Tierarten bereits bestätigt.

Die Regierung von Mittelfranken ist gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Naturschutzgesetzes sachlich und nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 BayVwVfG örtlich für den Änderungsbescheid zuständig.

Die Kostenentscheidung stützt sich auf Art. 1, 2, 5, 6 und 11 des Kostengesetzes i. V. m. Tarif-Nr. 8.III.0, Tarifstelle 7.1.2 des Kostenverzeichnisses zum Kostengesetz.

Hinweis:

Die Stadt Nürnberg und das Landratsamt Erlangen-Höchstadt, untere Naturschutzbehörden, erhalten eine Kopie dieser Genehmigung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach in 91522 Ansbach,

**Postfachanschrift: Postfach 6 16, 91511 Ansbach,
Hausanschrift: Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach.**

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet **keine** rechtlichen Wirkungen!

Der in § 55d VwGO genannte Personenkreis (insbesondere Rechtsanwälte und Behörden) muss Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen

Oberregierungsrätin